

Kreistagssitzung 10.07.2017

Redebeitrag zu „Neukonzeption Fachstelle Rechtsextremismus“

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Sigel,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren.

Seit 17 Jahren gibt es im Rems-Murr-Kreis die Fachstelle Rechtsextremismus.

Als einziger Landkreis leisten wir uns diese Stelle mit einer 100% Besetzung. Mit ihrer hohen Beratungskompetenz in den Themenfeldern Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Rassismus ist die Fachstelle weit über die Kreisgrenzen hinaus anerkannt und hoch geschätzt. Ob in der Jugendarbeit, bei der Polizei oder in der Wissenschaft: Unsere Fachstelle ist erster Ansprechpartner, wenn es um das Thema Rechtsextremismus geht.

Mein Dank geht hier an aller erster Stelle an denjenigen, der diese Stelle von Anfang an mit Leben erfüllt hat, viele Ideen eingebracht hat und die Stelle im Kreis und darüber hinaus vernetzt hat – an Gerhard Dinger. Seine Nachfolgerin Sonja Großhans hat mit der vorliegenden „Konzeption Fachstelle Rechtsextremismus“ gezeigt, dass sie sich bereits hervorragend eingearbeitet und eingefunden hat.

Diesem Konzept stimmen wir uneingeschränkt zu.

Da meine Vorredner ausführlich auf die Fachstelle eingegangen sind, möchte ich mich wegen der Geschichte und der Kriminalstatistik im Rems-Murr-Kreis, im Namen der Kreistagsfraktion von Bündnis90 /DIE GRÜNEN ausdrücklich dem Antrag der Verwaltung, der Fachausschüssen und des Fachbeirates für die Namensänderung in **Fachstelle Demokratieförderung und Rechtsextremismus-Prävention** anschließen.

Nun möchte ich mich den vorliegenden Anträgen der CDU und der AfD zuwenden.

Unter dem Eindruck der Ereignisse im Hamburger Schanzenviertel, möchte ich, lieber Herr Sczuka ausdrücklich darauf hinweisen, dass sie dieser linksextremistischen Gewalt nicht mit einem pädagogisch wissenschaftlichen Konzept beikommen. Fast alle verübten Gewalttaten von vermuteten Linksextremen gehen auf das Konto von Autonomen. Sie üben Gewalt aus als Straßenmilitanz. Dem entgegen zu wirken braucht es eine ausreichende und gut ausgerüstete Polizei, eine gute Aufklärung in Vorfeld und konsequenter Staatsanwälte im Nachgang. Wir reden hier schlichtweg von Kriminellen.

Linksextremismus ist im Rems-Murr-Kreis nicht das aktuell vorherrschende Thema. Laut der von Ihnen so gern zitierten Kriminalstatistik des Landkreises sind es nach wie vor die rechtsextremistischen Straftaten, die in der Polizeistatistik auftauchen. Daher ist der Bereich Rechtsextremismus aus unserer Sicht auch nach wie vor das wichtigste Thema, um das sich die Fachstelle kümmern muss. Hauptsächlich im Bereich der Prävention. Damit schlimme Szenen, wie im April 2011 auf einem Freizeitgrundstück in Winterbach geschehen, nie wieder Thema im Rems-Murr-Kreis werden. Daher muss „Rechtsextremismus-Prävention“ klar im Namen der Fachstelle bleiben.

Ich möchte auch klar darauf hinweisen, dass wenn an eine Ausweitung der Handlungsfelder gedacht wird, dies dann auch zwingend mit einer personellen Ausweitung der Fachstelle und einer Anpassung der Konzeption verbunden sein muss. Eine reine Namensänderung ist nur Augenwischerei und wird dem gewaltbereiten Linksextremismus nicht gerecht.

Zu Antrag 2. der AfD:
Neubewertung linksextremistischer Straftaten im Rems-Murr-Kreis

Die Polizei dankt für den Hinweis und hat lange darauf gewartet von der AfD erklärt zu bekommen, wie man eine Statistik führt. Jetzt mal im Ernst.

Um was geht es der AfD in dem hier vorliegenden Antrag?
Ganz deutlich um die Relativierung des § 86 a StGB „Verbreitung Verfassungsfeindlicher Symbole und Kennzeichen“, die sogenannten Propagandadelikte. Dieser Paragraph besteht zu Recht, denn dieser Straftatbestand ist ein klares Einstiegsdelikt in die rechtsextremistische Szene. Und es gibt wohl nichts Menschenverachtenderes als die Nazi-Symbolik, mit denen Krieg und Vernichtung gegen alle Menschen geführt wurde. Und es geht um den § 130 StGB „Volksverhetzung“ unter den die Holocaust-Leugnung fällt. Das spricht für sich. Dieser Antrag zeigt ihren wahren Charakter und ist zurück zuweisen.

Kommen wir zu ihrem Antrag 1.
„ Alle Aussagen zu streichen, die die AfD in die Nähe des Rechtsextremismus rücken“.

In der Konzeption werden schlichtweg nur Wahlergebnisse dargelegt. Die der AfD werden nur hervorgehoben, nicht kommentiert. Wie sie aus einer Wahlstatistik zu der Erkenntnis kommen, in die Nähe des Rechtsextremismus gerückt zu werden, ist mir unverständlich. In der ganzen Konzeption wird die AfD in diesem Zusammenhang nicht erwähnt. Es gibt in der Konzeption keine Aussagen dazu. Also ist der Antrag unbegründet und ist zurückzuweisen.

Ich möchte Ihnen ergänzend etwas über AfD Mitglieder aus dem Landtag erzählen.
Herr Meuthen und sein Freund Höcke, schauen Sie sich mal die Reden von Herrn Meuthen bei den Kyffhäuser-treffen der parteiinternen Organisation der „Flügel“ an.
Höcke ist Mitverfasser der Erfurter Resolution und gehört zum neurechten Spektrum der AfD. Wissenschaftler attestieren Höcke, laut Wikipedia, Rechtsextremismus, Geschichtsrevisionismus und teilweise Übernahme nationalsozialistischen Gedankengutes.

Höcke forderte in einer parteiinternen E-Mail Ende 2014, die §§ 86 und 130 StGB abzuschaffen.
Da finden sich Ihre Anträge wieder.

Herr Gedeon. Antisemit, der sich als Antizionist bezeichnet, Sie kennen die Geschichte, die zur Spaltung der AfD im Landtag führte. Ein erwachsener Mensch verbreitet „Die Protokolle der Weißen von Zion“. Herr Gedeon soll wohl wieder in die Landtagsfraktion der AfD aufgenommen werden. Soweit zur Distanzierung der AfD vom Antisemitismus. Parteimitglied ist er ja bei allen Auseinandersetzungen geblieben.

Dazu die Landtagsabgeordnete Christina Baum, sie beschäftigt belastete NSU Unterstützer als Mitarbeiter.

Wenn Sie die Aufzählung vertiefen und erweitern möchten, empfehle ich Ihnen die ehemalige AfD Abgeordnete Claudia Martin, die Ende des Jahres die AfD Fraktion verlassen hat, da sie die AfD für rechtsextrem hält und viele Beispiele aus Partei und Fraktion dazu nennen kann.
Wer also bringt die AfD in die Nähe des Rechtsextremismus?

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.
Winnenden 08.07.2017
Willi Halder